

Jan. 1985

# WAHLPROGRAMM

17 11 15 - Bln - 85

## **Stolz auf Berlin – Mut zur Zukunft**

Programm  
der Berliner CDU  
für die Wahl 1985



# Inhalt

|                                                                                                       | Seite     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Einleitung</b>                                                                                     | <b>3</b>  |
| <b>1. Wir schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze</b>                                                  | <b>4</b>  |
| 1.1. Zukunftschancen durch moderne Technologien und qualifizierte Arbeit                              | 4         |
| 1.2. Wir machen Berlin zu einem Zentrum für die Fachkräfteausbildung                                  | 4         |
| 1.3. Wir nutzen die Chancen Berlins im Dienstleistungsbereich                                         | 4         |
| 1.4. Wir wollen flexible Arbeitszeiten und menschengerechte Arbeitsplätze                             | 5         |
| 1.5. Wir bauen auf eine solide Haushaltspolitik                                                       | 5         |
| 1.6. Ausbildung, Arbeit und Aufstiegs-<br>möglichkeiten für Jugendliche                               | 5         |
| 1.7. Berlin als Arbeits- und Lebensort                                                                | 5         |
| <b>2. Wir schützen die Natur und geben unserer Stadt ein neues Gesicht</b>                            | <b>6</b>  |
| 2.1. Wir versöhnen Wirtschaft und Umwelt                                                              | 6         |
| 2.2. Umweltschutz und Stadtgestaltung gehören zusammen                                                | 7         |
| <b>3. Wir sichern Berlins neue Wege in der Sozialpolitik</b>                                          | <b>7</b>  |
| 3.1. Unser Anliegen: mitmenschliche Zuwendung                                                         | 7         |
| 3.2. Wir sorgen für unsere älteren Mitbürger                                                          | 8         |
| <b>4. Wir kämpfen für bezahlbares und gesichertes Wohnen</b>                                          | <b>8</b>  |
| 4.1. Wir sorgen für einen gerechten Mietausgleich                                                     | 8         |
| 4.2. Wir erhöhen den Wohnwert                                                                         | 9         |
| <b>5. Wir setzen uns für eine vertretbare und menschliche Ausländerpolitik ein</b>                    | <b>9</b>  |
| 5.1. Ausländerpolitik mit Augenmaß                                                                    | 9         |
| 5.2. Asylpolitik: Kampf dem Mißbrauch                                                                 | 9         |
| <b>6. Wir sichern den inneren und äußeren Frieden</b>                                                 | <b>10</b> |
| 6.1. Mit uns kann der Bürger wieder sicher leben                                                      | 10        |
| 6.2. Unsere Deutschlandpolitik dient den Menschen                                                     | 10        |
| <b>7. Das 17-Punkte-Programm der Berliner CDU<br/>Unsere Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre</b> | <b>11</b> |

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

die Berliner CDU bittet Sie bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme.

Wir arbeiten für unsere Stadt: beherzt und besonnen, offen, kraftvoll und zuversichtlich.

An die Zukunft richten sich Hoffnungen und Sorgen. Wer heute Entscheidungen trifft oder unterläßt, prägt kommende Entwicklungen.

Wir schaffen Vertrauen. Mit uns braucht man keine Angst vor der Zukunft zu haben. Berlin bietet Chancen für alle. Wir werden weiter unsere Stadt verantwortlich gestalten – mit Ihrer Hilfe.

Die Berliner CDU steht

- für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- für eine wirksame Umweltpolitik,
- für sozialen Ausgleich und gerechte Mieten,
- für das Miteinander von Jungen und Alten, Deutschen und Ausländern,
- für deutschlandpolitisches Augenmaß und
- für inneren und äußeren Frieden.

Wir gestalten Berlin als deutsche Metropole,

- als eine menschenfreundliche, umweltbewußte und sozial gerechte Stadt, in der Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen zu Hause sind;
- als einen Ort, an dem sich Kultur entwickeln kann: Kunst und Geschichte, Bildung, Wissenschaft und Architektur; ein fairer menschlicher Umgang miteinander;
- als eine friedliche Mitte, wo die Menschen im geteilten Deutschland miteinander sprechen können, und von der der „Dialog mit Substanz“ mit Ostberlin und der DDR vorgebracht wird.

Jeder, der hier lebt, soll sich als Berliner fühlen können. Offenheit und Freiheit, Liberalität und Toleranz sind hohe Werte. In Berlin sind sie – wie nirgendwo sonst in Deutschland – tägliche Praxis, aber auch Aufgabe und Chance.

Die Berliner CDU tritt an, um ihre Arbeit der vergangenen vier Jahre fortzusetzen. Der Senat unter unserer Führung hat hart gearbeitet. Er kann zahlreiche Erfolge für Berlin nachweisen.

Unser Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen ist Berliner. Er kennt unsere Stadt und die Menschen, die hier leben. Sprüche und Aufgeregtheit liegen ihm fern. Seine Sache sind Kenntnisse, Ideen, Tatkraft und Bürgernähe. Die Berliner vertrauen ihm. Sein Wort hat Gewicht. Er ist „Einer von uns“ – und wird es bleiben.



## 1. Wir schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze

Vorrangige Ziele unserer Politik sind die Erhaltung und Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir setzen auf die Standortvorteile Berlins, werden sie weiterentwickeln und damit für Unternehmen Anreize schaffen, in unserer Stadt zu investieren.

Unsere neue Wirtschaftspolitik hat in Berlin zu einem Durchbruch bei den Arbeitsplätzen geführt: erstmals seit 15 Jahren hat es in der Industrie im Jahresverlauf 1984 einen Anstieg von Arbeitsplätzen gegeben.

Von Januar bis November 1984 ist die Zahl der industriellen Arbeitsplätze um mehr als 3.000 angestiegen. Allein im September und Oktober gab es einen Zuwachs von zusammen 1.670 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Das ist die beste Entwicklung seit 1960. Und sie übertrifft deutlich den Bundesdurchschnitt.

Viele neue Klein- und Mittelbetriebe haben sich in Berlin angesiedelt. Viele mittelständische Betriebe in Berlin expandieren wieder und haben in der Welt einen guten Ruf. Auch ganz große Unternehmen nutzen mehr und mehr die Standortvorteile unserer Stadt. Dafür stehen Namen wie BMW, Daimler-Benz, Nixdorf, Schering, SEL, Siemens und andere mehr.

Auch im Handel, im Handwerk und bei den Dienstleistungen gibt es mehr Arbeitsplätze.

### 1.1. Zukunftschancen durch moderne Technologien und qualifizierte Arbeit

Berlin braucht Pioniergeist, Verantwortungsgefühl und Risikobereitschaft. Hier ist in den letzten vier Jahren ein grundlegender Wandel eingetreten. Aufbruchstimmung kennzeichnet unsere Stadt.

Das Berliner Innovations- und Gründerzentrum (BIG), die neuen privaten Finanzierungsformen für Neugründungen und Erweiterungen technologieorientierter Unternehmen, die Arbeit der Innovationsassistenten, der Erfolg des Innovationsfonds, sowie der geplante Technologie- und Industriepark (TIP) im Wedding haben weit über Berlin hinaus Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden. Diese neue Grundstimmung wollen wir weiterführen und ausbauen.

Wir fördern Existenzgründungen, denn mehr Selbständige sorgen für mehr Arbeitsplätze. Wir bieten Betrieben Kapital für neue Investitionen und damit für neue Arbeitsplätze an.

Wir führen Forscher und Praktiker an einen Tisch zusammen und nutzen damit Berlins Chance als bedeutender Forschungs- und Entwicklungsstandort.

Da jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export vor allem auf Qualitätsmärkten abhängig ist, kommt der Spitzentechnologie ein besonderer Rang zu. Wir unterstützen deshalb besonders Wachstumsbranchen wie z. B. Mikroelektronik, moderne Kommunikationstechniken, neue Verkehrs-, Energie- und Umwelttechniken.

Neue Technologien bieten die Chance für zukunftssichere Arbeitsplätze. Nur so kann sich die Berliner Wirtschaft im internationalen Wettbewerb behaupten. Nur so wird sichergestellt, daß die Entwicklung bei den Arbeitsplätzen auf die Dauer wieder aufwärts geht und es wieder mehr Chancen gibt, einen interessanten Arbeitsplatz und Aufstiegsmöglichkeiten in der Stadt zu finden.

Notwendige Voraussetzungen für die Entwicklung Berlins zu einem Zentrum für Technologie und Innovation sind gute Schulen, erstklassige Hochschulen und eine weitgefächerte Wissenschaftslandschaft, in der praxisorientierte Forschung auf höchstem Niveau ebenso stattfindet wie traditionelle Grundlagenforschung. Nur auf dieser Basis kann sich der arbeitsplatzschaffende und -sichernde Schritt in die technische Zukunft erfolversprechend vollziehen.

### 1.2. Wir machen Berlin zu einem Zentrum für die Fachkräfteausbildung

Zukunftsweisende Technologien schaffen neue Arbeitsplätze. Sie erfordern gut ausgebildete und kreative Menschen, die teilweise ganz neue Berufswege gehen müssen. Die Sekretärin muß mit einem Bildschirm, der Werkzeugmacher mit einem Computer umgehen lernen. Dieser Wandel gehört zu den größten Herausforderungen, denen wir im Ausbildungssektor gegenüberstehen.

Berlin hat dadurch auch eine neue Zukunft. Wenn wir sie erkennen und für die Menschen in unserer Stadt rechtzeitig nutzen, wird Berlin ein Zentrum für die Fachkräfteausbildung werden. Wir streben deshalb eine Offensive für die Verbesserung der Ausbildung in Schule, Hochschule und Betrieben an. Wir werden junge Berliner gezielt in neue Berufswege einführen. Deshalb haben wir u. a. die „Gesellschaft für neue Berufe“ ins Leben gerufen, die einzigartig in Deutschland ist. Damit hochwertige neue Arbeitsplätze mit Berliner Arbeitnehmern besetzt werden können, werden wir die Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen.

### 1.3. Wir nutzen die Chancen Berlins im Dienstleistungsbereich

Der Dienstleistungsbereich wird sich weiter ausdehnen. Weniger Menschen werden in der Produktion, mehr Menschen dafür in verschiedenen Dienstleistungsbereichen arbeiten.

Berlin hat wegen seiner einzigartigen Struktur, wegen der Bedeutung seiner wissenschaftlichen Einrichtungen und wegen seiner kulturellen Spitzenleistungen die Chance, als Metropole ein modernes Zentrum für Dienstleistungen – auch im überregionalen Bereich – zu werden.

Möglichkeiten gibt es in Bereichen wie z. B. EDV, Marketing, Vertrieb, Werbung, Mode, Neue Medien, Know-how für Entwicklungsländer; besondere Möglichkeiten für Berlin als Dienstleistungszentrum ergeben sich im Aus- und Weiterbildungsbereich und bei den neuen sozialen Diensten.

Am Beispiel moderner Medizin läßt sich u. a. zeigen, wie wirtschaftliche Dynamik und Dienst am Menschen ineinandergreifen. Das neue Herzzentrum wird vielen schwerkranken Menschen helfen, ebenso das von uns geplante Rheumazentrum, das Zentrum für Alterskrankheiten und die Möglichkeiten, die sich hier durch die Fortschritte der Laser-Medizin eröffnen. Noch mehr als bisher wird Berlin Mittelpunkt moderner Medizin sein und damit ein Zeichen setzen, daß Technik nicht gegen, sondern für die Menschen arbeitet.



#### **1.4. Wir wollen flexible Arbeitszeiten und menschengerechte Arbeitsplätze**

Seit 1981 haben wir die Modernisierung der Berliner Wirtschaft eingeleitet, Privatinitiative herausgefordert und damit Arbeitsplätze geschaffen. In den kommenden Jahren werden wir zunehmend neue Spielräume bei der Arbeit nutzen. Immer mehr Menschen erwarten in der Arbeitswelt mehr Flexibilität. Sie wollen ihre Arbeitszeit selbständiger einteilen, Arbeit, Wohnen und Freizeit stärker miteinander verbinden. Flexible Arbeitszeiten eröffnen auch Frauen mehr Möglichkeiten, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu verbinden. Wir unterstützen darüber hinaus die Wiedereingliederung von Frauen ins Erwerbsleben und erschließen ihnen neue Berufe.

Wir wollen Arbeitsplätze so menschengerecht wie möglich gestalten. Dazu gehören zum Beispiel die Sicherung vor gefährlichen Arbeitsmaterialien, ein angemessener Lärmschutz und regelmäßige arbeitsmedizinische Kontrolluntersuchungen.

#### **1.5. Wir bauen auf eine solide Haushaltspolitik**

Wir werden unserem haushaltspolitischen Grundsatz treu bleiben, der sich seit 1981 bewährt hat: Solides Wirtschaften, Steigerung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch wirksamer Ausgaben.

Die Arbeitslosigkeit läßt sich langfristig nicht dadurch bekämpfen, daß man die Steuern erhöht und damit Beschäftigungsprogramme finanziert: Arbeitnehmer mußten in der Vergangenheit oft genug kurzatmige Konjunkturprogramme ohne bleibende Beschäftigungseffekte finanzieren. Wir wollen keine Arbeitsplätze, die auf tönernen Füßen stehen; Arbeitsplätze müssen langfristig sicher sein – gerade im Interesse der Arbeitnehmer.

Investitionen sichern Arbeitsplätze und kommen auch den nachfolgenden Generationen noch zugute. Ihnen wollen wir Chancen, nicht Schulden hinterlassen. Deshalb muß auch die Verschuldung Berlins am Kreditmarkt schrittweise zurückgeführt werden. Wir werden dies tun und gleichzeitig am Verzicht auf Steuererhöhungen festhalten.

Aber: Wir wollen nicht Wachstum um jeden Preis. Die technologische Entwicklung muß in Einklang gebracht werden mit den Erfordernissen einer menschengerechten Lebensordnung. Dazu gehören soziale Gerechtigkeit ebenso wie die Sicherung der natürlichen Existenzgrundlagen unseres Lebens durch einen angemessenen Umweltschutz.

#### **1.6. Ausbildung, Arbeit und Aufstiegsmöglichkeiten für Jugendliche**

Mehr als jemals zuvor ist Berlin heute die Stadt für junge Menschen: Nirgendwo sonst gibt es so gute Chancen auf eine Lehrstelle; in Berlin gibt es alle Möglichkeiten, ein eigenes Unternehmen zu gründen, eine Selbsthilfeinitiative aufzubauen, sich weiterzubilden oder sich umzuschulen. Freiräume gibt es wie nirgendwo sonst und damit alle Voraussetzungen, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Offenheit als Prinzip – das ist Berlin, und dazu bekennen wir uns.

Ziel der Berliner CDU ist und bleibt, allen Jugendlichen, die dies wollen, einen Ausbildungsplatz zu schaffen und die Jugendarbeitslosigkeit noch weiter abzubauen; schon jetzt ist sie deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Wir lassen

es nicht zu, daß sich Jugendliche bereits am Anfang ihres Berufslebens „am Ende fühlen“.

Wir werden deshalb Berliner Unternehmen verstärkt dazu bewegen, Sonderaktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und auch gegen die Dauerarbeitslosigkeit durchzuführen.

Für Jugendliche, die von einem Betrieb über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet werden, und die nicht ohne weiteres auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden können, werden wir durch Verbindung von Teilzeitarbeit und Fortbildung Beschäftigungsmodelle entwickeln und anbieten.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind zwar keine Zauberformel, aber eine überzeugende Zwischenlösung, die in Zukunft neben dem Land Berlin in größerem Ausmaß auch andere Träger durchführen sollten.

Auf einer ABM-Stelle können Jugendliche zusätzliche Fähigkeiten erwerben und somit ihre Berufschancen erheblich erweitern.

Vielfältige weitere Möglichkeiten für ABM-Stellen gibt es im Umweltschutzbereich, beim Ausbau der S-Bahn und bei der Vorbereitung zur 750-Jahr-Feier.

Berlin bietet Jugendlichen hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten. Wir haben die Qualität von Schule und Unterricht gesichert und Schluß gemacht mit parteipolitischen Kämpfen in der Bildungspolitik. Allen Versuchen, die Schule zum politischen Kampffeld zu mißbrauchen, muß Einhalt geboten werden. Schule gehört keiner Partei – auch keiner Gewerkschaft. Die Universitäten Berlins haben wieder einen guten Ruf und Berliner Universitätsabsolventen haben wieder Berufschancen; nicht zuletzt dadurch, daß wir die Zusammenarbeit von Forschern und Praktikern eingeleitet und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt gesteigert haben. Wir werden auch in den kommenden Jahren besonderen Wert auf die qualitative Verbesserung von Forschung und wissenschaftlicher Lehre legen. In den Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir möglichst viele und unterschiedliche Ausbildungsangebote machen, um begabten Studenten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs gute Arbeits- und Aufstiegchancen zu geben.

#### **1.7. Berlin als Arbeits- und Lebensort**

Das neue Bild Berlins, das Mutlosigkeit durch Aufbruchstimmung, Konfrontation durch Verständnis und Nörgelei durch Optimismus ersetzt, wirkt anziehend. Unsere Stadt verzeichnet Besucherrekorde wie noch nie.

Und viele Menschen – vor allem junge Menschen, die Ideen haben, die etwas wagen oder ganz einfach die zahlreichen Freizeitangebote nutzen wollen – entscheiden sich für Berlin als Lebensort.

Berlin ist nicht nur eine Stadt zum Arbeiten, sondern auch zum Genießen. Man findet hier – wie sonst nirgendwo – die verschiedensten Lebensstile, kulturelle und wissenschaftliche Vielfalt, ein offenes Klima für Diskussion, persönlichen Einsatz und Freizeitgestaltung.

Unsere Kulturpolitik versucht, diese besondere Atmosphäre zu stärken und auszuweiten. Das Berliner Philharmonische Orchester hat seinen Weltruf gefestigt; die Bildende Kunst in Berlin setzt Maßstäbe und die Filmfestspiele haben wieder internationalen Rang. Wir fördern jedoch nicht nur die Spitzenkultur, sondern unterstützen auch freie künstlerische Grup-



pen, deren Arbeitsmöglichkeiten verbessert werden müssen. Zur Zeit richten wir z. B. für hundert Rock-Gruppen Übungsräume ein. Wir begrüßen ausdrücklich die zahlreichen Selbsthilfegruppen und Initiativen in Berlin. Die Alternative Szene bereichert unsere Stadt; wir werden sie fördern, wo immer sie kreative Möglichkeiten in Arbeit und Freizeit verwirklicht.

Die Bestrebungen der Bezirke, eine vielfältige dezentrale Kulturarbeit zu entwickeln, werden voll anerkannt. Sie sollen in den nächsten Jahren besonders beachtet und gefördert werden.

Berlin wird zunehmend zu einem Ort, wo Künstler zusammenarbeiten können. So entstehen im ehemaligen Hotel „Esplanade“ ein Haus des Films, in der Fasanenstraße ein „Literaturhaus“ und in Wedding eine Bildhauerwerkstatt.

Mit dem Kabelpilotprojekt wird sich Berlin im Wettbewerb der Regionen um eine Spitzenstellung bei den modernen Kommunikationstechniken behaupten. Wir treten ein für Medienvielfalt bei Presse und Funk; private Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten wird die selbstverantwortliche Wahlmöglichkeit der Fernsehzuschauer erhöhen.

Im Kulturbereich hat Berlin als „Schnittpunkt zweier Welten“ besondere Möglichkeiten, zur Verständigung beizutragen. Wir wollen deshalb verstärkt Künstler aus Ost und West zusammenführen.

Das wichtigste kulturelle Ereignis in nächster Zeit ist die 750-Jahr-Feier. Sie wird das Berlin-Bild für die kommenden Jahrzehnte mitprägen. Dieses Jubiläum, das wie kein anderes den Charakter Berlins als Metropole unterstreichen kann, wird in beiden Teilen der Stadt zur selben Zeit gefeiert. Damit wird eines ganz deutlich:

Beide Teile Berlins haben eine gemeinsame Geschichte. Wir werden alles tun für eine gemeinsame Zukunft.

Wir werden unsere Anstrengungen darauf ausrichten, daß über 1987 hinaus Bleibendes entsteht, sich formt und in die Zukunft hineinwächst. Ein Beispiel dafür ist die Restaurierung des Martin-Gropius-Baues, das Forum für Geschichte und Gegenwart mit der zentralen historischen Ausstellung und das Historische Museum, das daraus erwachsen wird.

Das Jahr 1987 bietet uns zusätzliche Möglichkeiten, das Ansehen Berlins zu mehren: Es wird eine Reihe von Veranstaltungen geben, die neben der eigentlichen Feier zusätzliche Aufmerksamkeit auf Berlin lenken, wie z. B. die Internationale Funkausstellung, das Deutsche Turnfest, die Festwochen, die Internationale Bauausstellung.

Man kann Berlin nicht in eine Formel pressen. Und eine solche Formel läßt sich auch nicht durch ein Ereignis wie die 750-Jahr-Feier schaffen. Aber die Grundlinien, die die Geschichte unserer Stadt durchziehen, lassen sich betonen und für die Gegenwart und die Zukunft nutzen.

Dazu gehören die Offenheit und Toleranz, die Aufnahmebereitschaft und Ausstrahlungskraft Berlins. Zur Kontinuität unserer Stadt gehören der Mut zu Neuem, der Mut, unkonventionelle Wege zu gehen, und die starke Bindung der Berliner an ihre Stadt. Berlin ist über lange Zeiträume hinweg zusammengewachsen und gehört zusammen.

---

## 2. Wir schützen die Natur und geben unserer Stadt ein neues Gesicht

---

In einigen Bereichen hat die Zerstörung der Umwelt ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Hier hilft weder Beschönigen noch Jammern. Wir stellen uns der Verantwortung für die Umwelt.

Nicht, wer Hysterie produziert, dient der Lebensqualität in Berlin, sondern, wer schnell und verantwortungsvoll handelt. Das haben wir seit 1981 bewiesen.

Wir haben z. B. das Erdgas nach Berlin geholt und damit eine preiswerte und umweltschonende Alternative zu den Ofenheizungen mit ihren hohen Schadstoffemissionen geschaffen. Wir haben ein durchgreifendes Modernisierungsprogramm für unsere Kraftwerke in Angriff genommen, verseuchte Böden in Industriegebieten saniert und für mehr Grün in der Innenstadt gesorgt – um nur einige Maßnahmen zu nennen.

Dies waren nur erste Schritte; der entscheidende Durchbruch wird aber erst gelingen, wenn wir die Erfordernisse der Wirtschaft mit dem Anliegen des Umweltschutzes in Einklang gebracht haben. Die Berliner CDU ist die einzige Partei, die hier ein brauchbares Konzept anbietet.

Wir brauchen gute Luft, sauberes Wasser und einen gesunden Wald. Zu den Schwerpunkten unserer Politik gehört deshalb eine umweltpolitische Offensive. Die notwendigen Maßnahmen sind detailliert dargestellt und begründet in unserem Umweltprogramm „Chancen durch Umweltschutz“.

### 2.1. Wir versöhnen Wirtschaft und Umwelt

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze. Wir werden dafür sorgen, daß Marktkräfte im Sinne eines effektiven Umweltschutzes genutzt werden können. Unsere Leitlinien orientieren sich daran, das Eigeninteresse der Bürger an einer sauberen Umwelt zu aktivieren, Gesichtspunkte des Umweltschutzes in den unternehmerischen Entscheidungsablauf einzubauen und umweltentlastende Techniken zu fördern.

Anstatt das Verhalten der Bürger einzuengen, wollen wir moderne, umweltfreundliche Technik. Der Katalysator entlastet die Umwelt weit mehr als eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Avus.

Indem wir auf technologische Entwicklung im Umweltschutz setzen, sichern wir gleichzeitig durch moderne und umweltfreundliche Produktionen Arbeitsplätze und schaffen neue.

Die hohe Konzentration von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Berlin bietet auch im Umweltbereich eine gute Ausgangsposition, Umweltschutz in einer Großstadt beispielhaft zu praktizieren.

Wir werden Umweltschutz in allen wichtigen Bereichen so kostengünstig wie möglich verwirklichen. Unsere Schwerpunkte liegen dabei auf der Luft- und Wasserreinhaltung, der Lärmbekämpfung und dem Bodenschutz. Diese Maßnahmen werden auch dem Berliner Wald zugute kommen und unsere Wohnumwelt und unsere Naherholungsmöglichkeiten verbessern.

Wenn die öffentliche Hand andere zu umweltfreundlichem Handeln anhalten will, muß sie selbst Vorbild sein. Deshalb muß sie auf allen Gebieten selbst bestmöglich zum Umweltschutz beitragen und ihre Nachfragemacht zur Beschaffung



umweltfreundlicher Güter einsetzen. Der Senat rüstet deshalb z. B. die landeseigenen Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren aus.

Gerade die Insellage Berlins macht eines deutlich: Umweltschutz ist eine überregionale Aufgabe.

Luft macht nicht an Landesgrenzen halt. So stammt bei ungünstigen Witterungsbedingungen bis zur Hälfte des Schwefeldioxidgehaltes aus der DDR. Wir werden deshalb Umweltschutz in Zukunft zu einem Zentralthema in Verhandlungen mit der DDR machen. Ein fairer Interessenausgleich ist möglich.

## **2.2. Umweltschutz und Stadtgestaltung gehören zusammen**

„Umwelt“ bedeutet in Berlin – als Großstadt mit begrenzter Fläche und ohne Erholungsmöglichkeiten im Umland – mehr als anderswo „gebaute Umwelt“. Umweltschutz und Stadtgestaltung sind deshalb hier besonders eng verzahnt.

Wer heute durch Berlin geht, stellt fest, daß im Vergleich zu früheren Jahren abgewohnte Stadtviertel wiederbelebt, alte Fassaden erneuert, Baulücken geschlossen, unsere Plätze neu gestaltet sind. Kurzum: unsere Stadt ist schöner geworden. Aber vieles bleibt noch zu tun.

Durch den Ausbau des S-Bahn-Netzes, die Restaurierung alter S-Bahnhöfe und durch die Nutzung auf absehbare Zeit nicht gebrauchter S-Bahnflächen werden wir in Berlin beispielhaft Umweltschutz und Stadtgestaltung verbinden. Zentrale Plätze werden erneuert, wie z. B. der Hardenbergplatz, der Winterfeldplatz und der Hermannplatz.

In Berlin gibt es 50.000 Kleingärten, die als „grüne Lunge“ und Erholungsgebiet für die Berliner Bevölkerung unverzichtbar sind. Wir setzen uns für den Erhalt der Anlagen als Dauerkleingärten ein.

In der Innenstadtgestaltung – vor allem im Bereich des Kurfürstendammes – hatte der SPD-geführte Senat so schwere Fehler gemacht, daß nur mit sehr viel Mühe und hohem finanziellen Aufwand der Weltstadtcharakter wiederhergestellt werden kann.

Wir wollen die Innenstadt als Wohnort zurückgewinnen und ein gesundes Verhältnis zwischen Wohnung, Arbeit und Freizeit wiederherstellen. Die Neubautätigkeit muß deshalb auf die Innenstadt konzentriert, Baulücken müssen geschlossen, Substanzerhaltungsmaßnahmen verstärkt und die Freiflächen außerhalb des S-Bahn-Ringes müssen freigehalten werden.

Aber: wenn wir viel Geld in Baumaßnahmen investieren, heißt das für uns mehr als die Rettung von Bausubstanz und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen auch vergessene Gebäude und Plätze wiederentdecken und für die Zukunft beleben.

Wir werden uns bewußt wieder dem „zentralen Bereich“ zwischen Landwehrkanal und Spree zuwenden. Hier liegt ein historisches und geistiges Zentrum der Stadt. Wir werden es nicht preisgeben oder der Verwahrlosung überlassen, nur weil durch seine Mitte eine Mauer gezogen ist. Auch deshalb legen wir so viel Wert auf die Vollendung des Kulturforums und den Wiederaufbau der Kongreßhalle.

Jeder soll sich in Berlin wohl fühlen und die Chancen nutzen können, die unsere Stadt bietet. Dazu gehören auch die breiten Sportangebote für Menschen inner- und außerhalb Berlins. Wir werden deshalb in Fortsetzung unserer bisherigen Arbeit für gut ausgebauten Sportstätten in genügender Anzahl sorgen.

Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger, insbesondere bei der Gestaltung ihres unmittelbaren Wohnumfeldes, sichern wir durch eine bürgernahe Politik in den Bezirken.

---

## **3. Wir sichern Berlins neue Wege in der Sozialpolitik**

---

### **3.1. Unser Anliegen: mitmenschliche Zuwendung**

Wir haben auch in der Sozialpolitik neue, zukunftsweisende Maßstäbe gesetzt, und wir werden diesen Weg weitergehen.

In Berlin wurde als erstem Bundesland ein Familiengeld eingeführt. Wir werden den Zeitraum von jetzt einem auf zwei Jahre ausdehnen.

Ebenfalls als erstem Bundesland ist es Berlin gelungen, ein Förderungsprogramm für Selbsthilfegruppen zu verwirklichen. Wir werden diese Gruppen auch in Zukunft fördern. Dabei gilt es zu prüfen, ob jene bereits geförderten Selbsthilfegruppen, deren Arbeit sich als unverzichtbar erwiesen hat, ab 1986 in eine Dauerförderung übernommen werden können.

Berliner sind mehr und mehr dazu bereit, nicht nur Hilfe vom Staat zu erwarten, sondern selbst mit anzupacken. Wir haben durch unsere Aktion „Die Hilfsbereitschaft“ bereits über tausend ehrenamtliche Helfer gewonnen, die sich in Wohlfahrtsverbänden engagieren, in den Sozialstationen oder in den Sozialkommissionen der Bezirke mitarbeiten. Nach diesen guten Erfahrungen wollen wir, daß die Mittel zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit verstärkt werden.

Unsere besondere Zuwendung gilt den Behinderten. Der Telebus wurde in eine Dauerförderung übernommen. Durch ein Millionenprogramm ist die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten erstmals gesunken, die Hilfen Pflegegeldern wurden erhöht; jeder Berechtigte kann bis zu 48 Tagen häusliche Krankenpflege, z. B. über Sozialstationen, in Anspruch nehmen. Die CDU wird jetzt die Wohnsituation der Behinderten durch ein Sofortprogramm verbessern. Dies gilt auch für die Verbesserung der Wohnförderung psychisch Kranker.

In einem großstädtischen Ballungsraum treten soziale Probleme verdichtet auf. Hier gezielt und wirksam zu helfen, ist Teil des Selbstverständnisses christlich-demokratischer Politik.

Stets aber muß soziale Hilfe sich auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren, Hilfe zur Selbsthilfe muß vor das reine Wohlfahrtsdenken gestellt werden, und private Initiative ist staatlicher Soziallenkung vorzuziehen.

In den zurückliegenden Jahren sind unter SPD-Führung soziale Hilfen immer stärker nach dem Gießkannenprinzip verteilt worden. Nicht-Bedürftige profitierten stärker als die



wirklich von sozialer Härte Betroffenen. Damit in Zukunft soziale Hilfe und insbesondere auch die Renten finanzierbar bleiben, waren deshalb Kurskorrekturen am System der sozialen Sicherung unvermeidlich.

An unserer Sozialpolitik lassen wir uns gern messen. Kein SPD-geführtes Bundesland kann auf dem Gebiet der Sozialpolitik solche Erfolge nachweisen wie wir in Berlin. Wir haben uns auch nicht davor gescheut, zugunsten der Bedürftigen die Gutverdienenden stärker als früher zu belasten. So wurde z. B. beim Familiengründungsdarlehen eine Einkommensgrenze eingeführt, weil es sozial ungerecht ist, wenn auch Familien mit sehr hohem Einkommen noch ein fast kostenloses Darlehen erhalten.

Diesen Weg einer gerechten Umverteilung zugunsten der sozial Schwächeren werden wir konsequent fortsetzen.

Wir wissen aber auch, daß viele Fragen mit der bisherigen Form der Sozial- und Gesundheitspolitik nicht mehr beantwortet werden können. Immer deutlicher wird erkannt, daß dem Staat die Fähigkeit fehlt, allen menschlichen Nöten und Problemen abzuweichen. Der Staat hat zu akzeptieren, daß die kleine Einheit Probleme oft besser, weil menschlicher, löst als die große Einheit. Deshalb muß der Staat das Prinzip der Subsidiarität respektieren und praktizieren.

### **3.2. Wir sorgen für unsere älteren Mitbürger**

Beim Amtsantritt des CDU-geführten Senats war es – vom wirtschaftlichen, vor allem aber vom menschlichen Standpunkt aus gesehen – ein untragbarer Zustand, daß in Berlin immer noch Menschen in ein Krankenhaus eingewiesen werden mußten, nur weil es an der Pflege in den eigenen vier Wänden mangelte. Hier haben wir in kürzester Zeit Abhilfe geschaffen und in wenigen Jahren über 50 Sozialstationen aufgebaut. Wir werden dieses Netz bürgerlicher Versorgungszentren noch dichter knüpfen und damit Berlins Vorsprung auf dem Gebiet ambulanter Dienste noch weiter ausbauen.

Sozialstationen bringen vor allem einer wichtigen Bevölkerungsgruppe Hilfe rund um die Uhr: den alten Menschen. Sie haben diese Stadt nach 1945 aus Trümmern wieder aufgebaut und ihre Freiheit verteidigt. Wir sind ihnen deshalb in unserer politischen Arbeit Dank schuldig.

Viele von ihnen haben Berlin die Treue gehalten, trotz aller materiellen und politischen Schwierigkeiten, die Kriegezerstörungen, Blockade, Chruschtschow-Ultimatum, Mauerbau, Studentenkrawalle und Hausbesetzerdemonstrationen mit sich brachten. Sie haben ein Recht auf unsere Hilfe, ein Recht auf ein materiell gesichertes Leben und auf normale zwischenmenschliche Kontakte. Das heißt für uns in erster Linie, daß die Renten gesichert bleiben müssen. Die Renten sind zwar Bundesangelegenheit, aber auch die Länder müssen hier nach Kräften mitarbeiten.

Die CDU hat in einem ersten Schritt die Rentenfinanzierung auf sichere Beine gestellt und damit den Besitzstand der Rentner gewahrt; unter anderem, indem die Inflationsrate von 1981 bis 1984 halbiert werden konnte. Aber vor allem für die Empfänger von kleinen Renten ist die geplante Rentenerhöhung nicht genug. Die Renten müssen in Anlehnung an die verfügbaren Arbeitnehmerinkommen erhöht werden. Die Berliner CDU befürwortet deshalb, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge ganz auszusetzen oder teilweise aufzuschieben.

Wir wollen älteren Mitbürgern eine selbständige Lebensführung in ihrer vertrauten Umgebung ermöglichen. Die eigene Wohnung ist dafür sichtbarer Ausdruck. Nie zuvor gab es in Berlin mehr Wohnungen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt sind. Seniorenwohnungen haben günstige Mieten, sind seniorengerecht eingerichtet, bieten qualifizierte Altenpflege und liegen nicht mehr im Abseits. Das bedeutet für mehr als 22.500 ältere Mitbürger: Hilfe und Betreuung bei Bedarf, aber gleichzeitig eine eigene Haustür, die sie hinter sich abschließen können.

Für diejenigen, die trotzdem auf Hilfe im Heim angewiesen sind, werden wir moderne und großzügige Seniorenheimplätze bereitstellen. Aus diesem Grunde werden wir dafür sorgen, daß bis 1988 insgesamt 70 Millionen DM zur Modernisierung von Seniorenheimen aufgewendet werden.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit wird darin bestehen, das Erfahrungswissen älterer Mitbürger zu erschließen und zu nutzen. Einerseits treten immer mehr Menschen immer früher in den Ruhestand, andererseits bleiben immer mehr Menschen bis ins hohe Alter rüstig und aktiv. Dieses Aktivitätspotential wollen wir stärker für unsere Gesellschaft nutzen und Modelle schaffen, die bundesweit Vorbildcharakter haben.

Besonders ältere Mitbürger brauchen ein Lebensumfeld, das nicht durch Konfrontation und Gewalt, sondern durch Frieden, Toleranz und Hilfsbereitschaft geprägt wird; Sicherheit auf den Straßen ist für sie besonders wichtig.

Heute sind die Zeiten der Krawalle in Berlin vorbei. Das Hausbesetzerproblem ist gelöst. In unserer Stadt ist es wieder friedlich geworden. Wir werden auch weiterhin den Frieden in unserer Stadt erhalten.

---

## **4. Wir kämpfen für bezahlbares und gesichertes Wohnen**

---

### **4.1. Wir sorgen für einen gerechten Mietausgleich**

Wir verstehen es als eine besondere Herausforderung, eine sozial gerechte und ausgewogene Mietenpolitik durchzusetzen.

Wir haben für Berlin besondere mietentpfehlende Maßnahmen eingeführt, denn die Mietenentwicklung im sozialen Wohnungsbau ist vor allem nicht mehr tragbar für Familien mit Kindern, Alleinstehende und ältere Mitbürger. Durch die Aktion „Gerechte Miete“ werden viele Tausende von Berliner Haushalten einen Mietausgleich erhalten. Für den Zeitraum von 1985 bis 1988 sind für diese Maßnahmen 100 Mio DM veranschlagt.

Auch beim Wohnen sorgen wir für den sozialen Ausgleich: Mieter von Sozialwohnungen, deren Einkommen die Einkommensgrenze um mindestens 20 % übersteigt, zahlen eine Fehlbelegungsabgabe. So können wir den Einkommensschwachen besser helfen. Es hat sich gezeigt, daß diese soziale Ausgleichsabgabe von der überwiegenden Anzahl der Betroffenen akzeptiert wird. Wir werden uns allerdings in Bonn verstärkt dafür einsetzen, daß die Fehlbelegungsabgabe gerechter gestaffelt wird.

Eine Annäherung der Neubau- an die Altbauwohnungen wird ange-



strebt. Dies geschieht jedoch nicht durch Anhebung der preiswerten Mieten, sondern durch Senkung der verhältnismäßig teuren Mieten im sozialen Wohnungsbau.

Auch die Mieten in den mietpreisgebundenen Altbauwohnungen dürfen nicht immer teurer werden. Wir haben die Erhöhung der Grundmiete begrenzt. 1983 auf 5 %, 1984 auf 4 % und 1985 auf 2 %. Darüber hinaus erreichte der Senat eine nochmalige Verlängerung der Mietpreisbindung bis 1990. Der SPD-Senat ließ früher enorme Mietsteigerungen zu. 1966 um 25 %, 1968 um 15 %, 1970 um 10 %, 1973 um 15 %, 1974 um 8 %.

Bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen hat der Schutz der Mieter Vorrang. Insbesondere, wenn es sich um Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau handelt, die mit Steuergeldern mitfinanziert werden. Für Spekulanten haben wir nichts übrig. Auf unsere Initiative wurden der Mieterschutz verstärkt und Spekulationsgewinne beseitigt.

#### 4.2. Wir erhöhen den Wohnwert

Die lange Phase der Resignation im Baubereich konnte überwunden werden. Unsere Politik gibt wieder Vertrauen.

Berlin ist schöner geworden.

Seit 1981 sind mit öffentlicher Hilfe mehr als 160.000 Wohnungen instandgesetzt, modernisiert oder neugebaut worden.

Die Wohnungsnot ist abgeschafft, trotzdem müssen weitere Wohnungen gebaut werden. Denn: zu einem funktionierenden Wohnungsmarkt gehört mehr als ein zahlenmäßiger Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Notwendig ist ein Bestand an freien Wohnungen, in die man umziehen kann, oder die modernisiert und instandgesetzt werden können. Neue Wohnungen sind nicht nur wichtig für die Wohnungssuchenden, sondern auch für die Mieter, die bereits eine zufriedenstellende Wohnung haben; ihre Position auf dem Wohnungsmarkt ist um so stärker, je mehr Wohnungen es gibt.

Deshalb werden wir unbeirrt in den kommenden Jahren weiter neue Wohnungen bauen, Wohnungen modernisieren oder instandsetzen, um unsere Stadt noch wohnlicher zu gestalten. Dabei sind wir auf die Hilfe aller – der Mieter, der Hauseigentümer und der oft noch viel zu bürokratisch handelnden Verwaltungen – angewiesen.

---

## 5. Wir setzen uns für eine menschlich vertretbare Ausländerpolitik ein

---

### 5.1. Ausländerpolitik mit Augenmaß

Die CDU tritt für eine Ausländerpolitik ein, die gleichermaßen von Konsequenz und Augenmaß gekennzeichnet ist. Sie zielt ab auf ein konfliktfreies und gedeihliches Miteinander von Deutschen und Ausländern und die Integration der Ausländer, die auf Dauer in Deutschland bleiben. Die Eingliederungsanstrengungen konzentrieren sich insbesondere auf die ausländischen Bewohner, die hier aufgewachsen sind und damit in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben. Sie müssen in Schule, Ausbildung und Beruf ihre Chance erhalten

und in ihrer Aufenthaltsrechtlichen Position gestärkt werden.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Integration ist, daß die Zahl der hier lebenden Ausländer nicht wächst, sondern langfristig eine Verringerung des Ausländeranteils erreicht werden kann:

- Der bestehende Anwerbestopp von Ausländern muß uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben.
- Trotz des Rückgangs der Ausländerzahlen müssen die Einschränkungen beim Familiennachzug sowohl bei Ehegatten als auch bei Kindern weiterhin wirksam bleiben.
- Ausländer, die straffällig geworden sind, sind sofort auszuweisen.
- Die Bereitschaft von Ausländern, in ihre Heimat zurückzukehren, soll weiterhin gefördert und ihre Rückkehr unterstützt werden.

### 5.2. Asylpolitik: Kampf dem Mißbrauch

Die Bundesrepublik Deutschland kann für sich in Anspruch nehmen, das weitestgehende Asylrecht aller Staaten dieser Erde zu besitzen. Gerade eine das Asylrecht ohne Einschränkung und inneren Vorbehalt bejahende Politik ist aber verpflichtet, wachsam und realistisch Entwicklungen zu verfolgen, die geeignet sind, dieses Recht und seine positive Verankerung im Bewußtsein der Bevölkerung zu gefährden. Wir bejahen aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen die grundgesetzlich verbrieftete Möglichkeit des Asyls. Wir bekennen uns gerade zu den besonderen Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen aus den Ostblockstaaten, besonders aus Polen. Die Realität ist bedauerlicherweise noch immer dadurch gekennzeichnet, daß der größte Teil der Asylbewerber das Asylrecht zu Unrecht beansprucht und nicht wegen einer politischen Verfolgung, sondern überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land kommt.

Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden, um eine Überschwemmung der Bundesrepublik mit Wirtschaftsasylanten und eine erhebliche Belastung des sozialen Gefüges und des Sozial Etats, die immer auf Kosten wirklich Bedürftiger geht, zu unterbinden.

Die CDU wird dem Asylmißbrauch mit Entschlossenheit begegnen:

- Bekämpfung des Asylmißbrauchs durch sofortige Mißbrauchsprüfung und eine drastische Verkürzung der Verfahrensdauer.
- Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften und befristete Versagung der Arbeitserlaubnis.
- Verteilung des Flüchtlingsproblems auf alle Staaten und Entlastung der Hauptaufnahmeländer.



## 6. Wir sichern den inneren und äußeren Frieden

### 6.1. Mit uns kann der Bürger wieder sicher leben

Offenheit gegenüber Andersdenkenden gehört zu den Prinzipien unserer Politik. Wir lassen aber die Grundlagen unserer Rechtsordnung nicht in Frage stellen.

Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird; diese Grenzen dürfen nicht verwischt werden. Kriminalität und Rechtsbruch – egal wie ideologisch verbrämt sie auch sein mögen – haben bei uns keine Chance auf Erfolg.

Mit Rechtsbrüchen, an die man sich „gewöhnt“, kann der Rechtsstaat untergraben werden. Dies haben wir bis zum Ende der SPD-Regierungszeit erleben müssen, als kaum ein Tag verging, an dem kein Haus besetzt wurde und als Krawalle in Berlin fast zum alltäglichen Straßenbild gehörten.

Wir haben durch konsequente politische Entscheidungen das Vertrauen in die Rechtssicherheit zurückgeholt, und die Erfolge bestätigen unsere Politik: Es gibt kein einziges besetztes Haus mehr, unfriedliche Demonstrationen gehören der Vergangenheit an, die Gewaltkriminalität ging entscheidend zurück und auf dem Gebiet der Rauschgiftbekämpfung wurden wichtige Fortschritte erzielt.

Unsere Politik der inneren Sicherheit und Ordnung wird sich in den nächsten Jahren mit besonderer Intensität folgenden Aufgaben widmen:

- Weitere Verstärkung der Bekämpfung der Gewaltkriminalität.
- Verstärkter Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität.
- Besondere Maßnahmen gegen die Umweltkriminalität.

Unsere Politik wird auch weiterhin dafür sorgen, daß dem Recht in allen Bereichen Geltung verschafft wird. Nur dadurch sind der Schutz der Individualsphäre und damit die Freiheit des einzelnen gesichert.

Dazu gehört auch, daß das Recht überschaubar gestaltet wird. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, den Paragraphenschwengel durch Aufhebung überflüssiger Vorschriften zu lichten. Gleichzeitig werden wir die Gerichte so ausstatten, daß jeder Bürger in zumutbarer Zeit eine Entscheidung erhält.

Wir werden unsere Politik der Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung, der Entbürokratisierung unseres Lebens und der Vergrößerung der individuellen Gestaltungsräume weiterführen auf der Grundlage eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes. Wir werden zum Nutzen der Bevölkerung unser Konzept des „So wenig Staat wie möglich“ verwirklichen.

Der Abwehr von Kriminalität und Rechtsbruch nach innen entspricht der Schutz gegen Bedrohung von außen.

Wir stehen zu unseren Schutzmächten. Ihre uneingeschränkte Solidarität garantiert die Freiheit Berlins: sie darf nicht gefährdet werden.

Berlin ist auch ein Symbol für die Wertegemeinschaft mit

unseren alliierten Freunden, von denen unsere Freiheit entscheidend abhängt. Seine Rolle als Vorreiter, Impulsgeber und Mahner macht Berlin zu einer Klammer zwischen dem westlichen Europa und den Vereinigten Staaten. Deshalb haben die kulturelle Verbindung und der Jugendaustausch für uns eine besondere Bedeutung.

Aber Berlin ist nicht nur Schnittpunkt zwischen Ost und West, es spielt auch im Nord-Süd-Dialog eine vermittelnde Rolle. Unsere Stadt ist mit seinen zahlreichen entwicklungspolitischen Instituten Zentrum deutscher Entwicklungspolitik. Die Berliner CDU stellt sich der daraus erwachsenden Verantwortung, indem sie die persönliche Hilfe von Mensch zu Mensch herausfordert und wie bisher konkrete Hilfsprojekte unterstützt.

### 6.2. Unsere Deutschlandpolitik dient den Menschen

Ohne Blick auf die Einheit der deutschen Nation ist Berlin nicht denkbar.

Die Existenz des freien Berlin stellt die deutsche Frage täglich neu. Es gibt kaum einen deutschlandpolitischen Sachverhalt, der nicht unsere Stadt berührt. Die deutsche Frage bleibt für uns offen, solange das Brandenburger Tor zu ist.

Wir wollen Augenmaß in der Deutschlandpolitik. Wir wollen den „Dialog mit Substanz“.

Nachdem es jahrelang ein Gegeneinander in den deutsch-deutschen Beziehungen gegeben hatte, müssen wir nun zu einem geregelten Nebeneinander kommen.

Und trotz aller Unterschiede in den grundsätzlichen Standpunkten werden wir dort, wo es um die Begegnung von Menschen geht, zu einem Miteinander fortschreiten, soweit es die gegenseitigen Interessen zulassen.

Gerade in unserer Stadt werden Politiker eines Tages daran gemessen werden, ob ihnen dies – zumindest ein Stück weit – gelungen ist, ob ihre Politik die Menschen im geteilten Deutschland wieder näher zusammengebracht hat.

Auf dieser Grundlage konnten die Bundesregierung und der Berliner Senat in der Deutschlandpolitik beachtliche Erfolge erzielen:

Kinder sind vom Zwangsumtausch befreit, Rentner zahlen weniger, Staaken bleibt offen und die S-Bahn fährt unter westlicher Verwaltung der BVG.

Ziel unserer Deutschlandpolitik ist es, die Folgen der deutschen Teilung im Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands erträglicher zu gestalten und letztlich die Teilung zu überwinden.

Was im Sommer 1984 für die Berliner noch nicht erreicht werden konnte, muß so schnell wie möglich nachgeholt werden. Wir streben eine verbesserte Verkehrsanbindung Berlins auf Schiene, Straßen und in der Luft an. Umweltschutz wird zu einem Schwerpunkt in Verhandlungen mit der DDR werden. Die Berliner CDU fordert auch weiterhin von der DDR, daß der Zwangsumtausch für Berliner gesenkt wird.



## 7. Das 17-Punkte-Programm der Berliner CDU

### Unsere Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre

1. Berlin ist und bleibt die deutsche Hauptstadt und Symbol für die Hoffnung der Menschen auf Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. Wir machen Deutschlandpolitik mit Augenmaß und wollen den „Dialog mit Substanz“: für menschliche Erleichterungen, für gemeinsamen Umweltschutz und für bessere Verkehrswege.

Die alliierten Schutzmächte sichern die Freiheit Berlins.

2. Wir gestalten Berlin zu einer geistigen und kulturellen Metropole, zu einem Industrie- und Dienstleistungszentrum, zu einem Zentrum von Bildung und Wissenschaft, zu einer Stadt in der man sich wohl fühlt, in der man gut arbeiten kann und gern lebt.
3. Wir schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Wir nutzen die Standortvorteile einer Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung mit Berliner Betrieben. Wir helfen bei der Modernisierung und Neuansiedlung von Industrie und Handwerk. Wir werden Berlins Rolle als überregionales Dienstleistungszentrum ausbauen. All das schafft neue und sichert bestehende Arbeitsplätze.
4. Wir machen Berlin zu einem Zentrum der Fachkräfteausbildung durch Ausbildung für Zukunftsberufe und durch Umschulungsangebote. Die Umschulung muß möglichst in Abstimmung mit den Betrieben stattfinden, die die Umschüler später auch einstellen können. Auf diese Weise können wir die Standortvorteile Berlins weiter verbessern und auch so die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen.
5. Wir holen die Jugend nach Berlin. Wir erhöhen die Zukunftschancen der Berliner Jugend, indem wir Jugendlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten in ausreichender Zahl bereitstellen.
6. Wir geben Frauen mehr Chancen. Wir wollen ihnen ihren Lebensweg nicht vorschreiben. Wir wollen Wahlfreiheit – vor allem, indem wir ihre Wiedereingliederung ins Erwerbsleben fördern und ihnen bisher für sie „untypische“ Berufe erschließen.
7. Unsere Familienpolitik sichert eine menschliche Zukunft. Wir werden deshalb die Leistungen in den Familien auch materiell anerkennen. Deshalb verlängern wir den Bezug des Familiengeldes auf zwei Jahre.
8. Wir stärken Berlins Rolle als geistige und kulturelle Metropole und fördern die Vielfalt von Wissenschaft, von Theater, Musik und Bildender Kunst.

Eine Akademie der Wissenschaften, ein Museum für deutsche Geschichte, ein Forum für Geschichte und Gegenwart, das Filmzentrum im Esplanade sollen entstehen. Auch das Hebbeltheater wird renoviert. Kunst muß

sich frei entfalten können. Der Staat hat sie zu fördern, aber nicht zu bevormunden.

Wir begrüßen die vielfältigen Ansätze der Kulturarbeit, die in den Bezirken entwickelt wurden. Wir werden diese dezentrale Kulturarbeit in den nächsten Jahren besonders unterstützen.

9. Wir machen ernst mit dem Umweltschutz: Kraftwerksmodernisierung und -stillegung, Erdgas, Aufforstung der Wälder, Entsalzung der Gewässer. Mit den Investitionen für den Umweltschutz werden wir zugleich viele Arbeitsplätze schaffen.
- Wir brauchen gute Luft, sauberes Wasser und einen gesunden Wald. Darüber muß auch mit der DDR verhandelt werden.
10. Wir geben der Stadt ein schöneres Gesicht und machen Berlin sauberer. Auch zur Vorbereitung der 750-Jahr-Feier unseres Berlins werden Straßen und Plätze neu gestaltet, alte S-Bahnhöfe renoviert. Die vielen kriegsbedingten Baulücken sollen endlich geschlossen werden. Der Schwerpunkt unserer Anstrengungen wird im Zentrum der Stadt, am Kurfürstendamm, in der alten Stadtmitte zwischen Landwehrkanal und Spree liegen. In einem Sonderprogramm sollen die Sport- und Übungsstätten ausgebaut werden.
11. Wir sichern Berlins neue Wege in der Sozialpolitik. Wir werden die Hilfen für jene Berliner weiter ausbauen, die darauf angewiesen sind. Sozialstationen und soziale Dienste werden erweitert. Engagiert setzen wir uns für sichere Renten ein.

Wir schaffen besonders für ältere Generationen eine Lebensumwelt, die durch Toleranz und Hilfsbereitschaft geprägt ist. Ältere Mitbürger sollen einen wirklich vollwertigen Platz in unserer Gesellschaft eingeräumt bekommen. Wir brauchen ihr Erfahrungswissen.

12. Wir kämpfen für bezahlbares und gesichertes Wohnen. Durch Neubau, Modernisierung und Instandsetzung wird das Wohnungsangebot weiter erhöht und verbessert. Die Aktion sozialer Mietausgleich wird fortgesetzt.
13. Wir wollen das Miteinander von Deutschen und Ausländern. Deshalb streben wir mit unserer Ausländerpolitik die volle Eingliederung der in Berlin aufwachsenden Ausländer an und wollen gleichzeitig die Zahl der Ausländer verringern durch Zuzugsbeschränkung auch bei Ehegatten und Kindern und durch Rückkehrhilfen. Ein Wahlrecht für Ausländer lehnt die CDU ab.
14. Wir wollen dem Mißbrauch des Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle einen Riegel vorschieben.
15. Wir sichern den Rechtsfrieden und verbessern die Kriminalitätsbekämpfung. Mehr Polizisten auf den Straßen werden die Sicherheit in Berlin noch weiter erhöhen.
16. Wir werden uns für die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung, die Entbürokratisierung unseres Lebens und die

Vergrößerung der individuellen Gestaltungsräume einsetzen. Wir werden unser Konzept „So wenig Staat wie möglich“ auf der Grundlage eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes verwirklichen.

17. Wir gestalten die 750-Jahr-Feier zu einem internationalen Ereignis. Berlin wird damit seine Rolle als Stadt der Verständigung zwischen Ost und West und als Vermittler zwischen Nord und Süd verdeutlichen.

---

# **Stolz auf Berlin – Mut zur Zukunft**

